



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Rösler, C.: Die deutsche Verfassungsfrage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Kriegsmann, dessen Antlitz die afrikanische Sonne gebräunt hat. Der würdigste Mann zur Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung, war er doch nicht berufen, für die Dauer Frankreich ein Haupt zu geben; denn ihm fehlt der Schimmer des Namens, die Folie des Genius. Jedenfalls nimmt er den Ruhm mit sich, die wohlgesinnteste und kräftigste Regierung geleitet zu haben, welche Frankreich seit einem halben Jahrhundert gesehn.

Die feinen Politiker der alten dynastischen Opposition, alle Ehrgeizige und Schwindler intriguirten gegen ihn, weil sein moralisches Gewicht ihnen drückend war. Royalisten und Socialisten, die Kriegspartei und die Phalansterier verbanden sich, mit ihnen die republique des honnêtes gens zu stürzen; sie setzten einen mit Goldblech überzogenen Gliedermann, einen gekrönten Hanswurst auf den Präsidentenstuhl, um durch eine allgemeine, nichts sagende und in nichts verbindliche Formel gegen den Fortbestand der republikanischen Ordnung zu protestiren.

Das Reich des neuen Napoleon wird nicht von langer Dauer sein. Wer wird siegen? Die rothe Republik wird noch einen Streich versuchen, ein zweiter strenger Militärdictator wird folgen. Ist es nicht Cavaignac, so ist es Bugeaud oder Lamoricière oder wer sonst. Schwerlich wird der Sieger die intensive Kraft und das Selbstgefühl eines Napoleon haben, schwerlich die Geschmeidigkeit eines Cromwell, den Ehrgeizigen aus dem Civilstande die Administration aus den Händen zu winden. Alle Wahrscheinlichkeitsrechnung spricht für einen zweiten Monk.

Vorher aber wäre ein Versuch leicht denkbar, dem unreifen Strom der Volkskraft eine Ableitung über die Grenze zu geben. Seien wir nicht ungerecht gegen die Franzosen! Sie haben voreilig, flüchtig construiert, aber sie sind fertig geworden: wenn wir in unsern eitlen, kleinstädtischen Philistertreiben mit der Ausdauer fortfahren, die unsere Revolution charakterisirt, so kann eine solche Idee für uns verhängnißvoll sein.

Julian Schmidt.

---

## Die deutsche Verfassungsfrage.

---

Dieses denkwürdige Jahr soll nicht vorübergehen, ohne die neue Geschichte, welche es begonnen, auch auf lange hinaus zu charakterisiren. Zwei große Entscheidungen stehen uns an der Grenze dieses Jahres bevor, von denen es zum guten Theil abhängt, ob der ungeordnete Ausbruch widernatürlich zurückgehaltener Kräfte in den ruhigen Strom großartig friedlicher Entwicklung einlenken oder halb Europa in ein Chaos stürzen soll, das aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Untergang Deutschlands endigen würde: Die Präsidentenwahl in Frankreich und

das deutsche Verfassungswerk in Frankfurt. Die letztere Entscheidung ist wichtiger für uns und für die europäischen Geschicke.

Wenn es eine Zeitlang schien, als bedeuete die Wahl Louis Napoleons die Allianz politischer Charlatanerie mit allen verdorbenen und wüsthphantastischen Elementen des Landes, so hat sich die Sachlage geändert. Jene Wahl ist in der That ein Act der monarchischen und conservativen Reaction, und wenn diese Handlungsweise der conservativen Partei ein Wahnsinn scheint, so kommt darin nur der französische Charakter zum Vorschein, der lieber sich dem verrücktesten Experimente Preis gibt, von dem er plötzliche Erlösung hofft, als durch vernünftige Ausdauer einen haltbaren Zustand gründet. Louis Napoleon wird sich auf die Partei stützen, die an seiner Erwählung den überwiegenden Antheil hat; die Häupter der alten dynastischen Linken, die Thiers und Barrot werden die Ersten in seinem Rathe sein. Ob es ihnen gelingt, den Weg friedlicher Reform im Innern mit Erfolg zu betreten, ist unsicher. Auch im günstigsten Falle werden häufig Momente kommen, wo das alte französische Gelüst hervorbricht, die innere Ungenüge, welche sich durch verzweifelte Experimente zu Hause nicht auf einmal abschütteln läßt, durch Ueberfall und Plünderung des Nachbarn zu beseitigen, um der unbequemen Geduld und Arbeit zu entgehen. Ob Frankreich energisch zurückgehalten wird auf dem Weg der Reform und Läuterung im Innern, das wird davon abhängen, ob Deutschland so constituirte ist, daß seine Haltung Achtung einflößen und im Nothfall imponiren und schrecken kann. Darin liegt die größere Wichtigkeit der deutschen Entwicklung für die europäischen Geschicke, die vorhin behauptet wurde.

Die Constituirung Deutschlands droht zu scheitern — an dem Antheil Oestreichs. Nicht an der Unredlichkeit der österreichischen Staatsmänner. Sie haben offen und ehrlich erklärt: „Erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatllich zu bestimmen und von einer Geltung deutscher Geseze in Oestreich könne nicht die Rede sein, so lange nicht das Verhältniß im beiderseitigen Einverständnis bleibend geordnet sei.“ Oestreich dringt sich nicht auf. Aber man thut Alles, es zu bewegen, seine Hand nicht aus dem Spiel zu lassen. Und welcher Staatsmann würde einem Einfluß entsagen, der ihm ungesucht von zahlreichen Parteien angetragen wird?

Fünf Parteien sind in Frankfurt, welche Oestreich in die deutsche Constitution verwickeln wollen. 1) Die österreichischen Deputirten. Sie haben sich in Frankfurt eingelebt, sie hält die süße Gewohnheit des Daseins und Wirkens. 2) Die Ultramontanen, sie fürchten das Uebergewicht des protestantischen Nordens. 3) Die Linke, platte Bursche, die, weil Deutschland nicht nach ihrer Vorstellung eine Republik von kindisch roher Construction geworden ist, um ein knabenhaftes Gelüst zu fühlen, Alles verderben möchten. Diese Partei ist ehrlos genug, der-

selben Politik zu dienen, die ihren Abgott Robert Blum hingerichtet hat. 4) Die kurzstichtigen Philister, die in der sentimentalischen Vorstellung, alle Brüder unter einen Hut zu bringen, befangen sind. 5) Die Schutzzöllner, die erst wieder durch eine ungeschickte Freihandels-Demonstration der nordischen Städte geschreckt sind.

Die Verwicklung Oesterreichs mit der deutschen Constitution ist aber ein Unglück. Wir werden nicht müde es zu wiederholen. Sie macht Deutschland ohnmächtig und hindert Oesterreich in seiner naturgemäßen Entwicklung. Der österreichische Gesamtstaat und der deutsche Westen können nicht in einen Staat centralisirt werden, weder unter einer schwarzelben Regierung zu Wien, das verträgt sich nicht mit der deutschen Freiheit, noch unter einer schwarz-roth-goldnen zu Frankfurt, das verträgt sich nicht mit dem Recht der Slaven, als ebenbürtige Kraft nach einem politischen Ziel zu ringen. Dies können sie nur in einem Staat, wo ihre Production für das Gesamtinteresse nicht von einer andern Nationalität unverhältnißmäßig überwogen wird. Oesterreich darf nicht getheilt werden, seine Integrität ist eine deutsche Lebensfrage. —

Der Anspruch der Slaven und der politische Dualismus, der aus ihm hervorgeht, ist keine Calamität. Er wird durch den Wettstreit zweier befreundeter Staaten die Gesamtkraft der mitteleuropäischen Völker nur steigern.

Wenn nun also Deutschland und Oesterreich selbstständige Staaten sein müssen, ist es denn so schwer, die einfache Consequenz zu finden? Sie können sich zur Unterstützung ihrer äußern Politik so fest als möglich verbinden und selbst gleichmäßige Einrichtungen im Heerwesen u. s. w. treffen; sie können die umfassendsten Maßregeln anordnen für den ungehemmten Austausch ihrer geistigen und materiellen Güter, aber — sie dürfen gegenseitig keinen Einfluß auf ihre innern Angelegenheiten üben.

Jeder österreichische Einfluß auf die innern Angelegenheiten Deutschlands hemmt dessen so nothwendige Concentration. Es ist klar, daß keine Concentration zu Stande kommt, wo eine wesentlich excentrische Kraft theilhaftig ist.

Allein auch für Oesterreich ist ein solcher Einfluß höchst schädlich. Er zieht es von seiner wahren Aufgabe nach Osten ab, und gewährt ihm im Westen doch nie eine dauerhafte Befriedigung. Er bringt endlich einen höchst verderblichen Einfluß Deutschlands auf die innern Verhältnisse Oesterreichs zu Wege. Zwar wird dieser kein regulärer und legitimer sein, wie der österreichische auf Deutschland. So schlaun ist schon die österreichische Politik bei der Feststellung dieses Verhältnisses, möglichst wenig Gegenseitigkeit für Deutschland zuzulassen. Aber immerhin wird die Theilnahme am deutschen Parlament gefährliche, wie jetzt auf die Zerstörung Oesterreichs gerichtete Operationspläne der österreichischen Opposition und der magyarischen Intriguen emporkommen lassen. Den Slaven wird sie ein ewiges Vergerüß sein und machen, daß auch sie sich nicht heimisch fühlen im österreichischen Gesamtstaat und auf Trennungspläne sinnen. Die Richtung Oesterreichs auf Deutsch-

land wird in den österreichischen Völkern das Verlangen nach einem politischen Leben nähren, dessen höchste Form jetzt absolut für sie nicht taugt. Oestreich hat jetzt die Aufgaben wie vordem Preußen, musterhafte Einrichtungen der Verwaltung, der Finanzen, der Justiz, der Schule, des Heerwesens aufzustellen, um den nächsten Bedürfnissen seiner Völker zu genügen, und sie für eine höhere Entwicklung reif zu machen. Dabei braucht es, Dank den vorgeschrittenen Ideen, nicht mehr bureaukratisch, mechanisch zu verfahren, es kann überall in den engeren Kreisen freie Blüthen hervorrufen. Aber die Leitung der Gesamtpolitik muß sich für die nächste Zukunft das Cabinet allein vorbehalten. Oestreich hat um die fruchtbarste Weltstellung mit den gefährlichsten Rivalen zu kämpfen. Dazu gehört Kühnheit, Freiheit der Disposition, Beharrlichkeit und die abgemessenste Klugheit. Einer solchen Aufgabe sind die parlamentarischen Kräfte Oestreichs noch nicht gewachsen. Dazu bedarf es einer andern Vorschule. Man darf Oestreich nicht mit England verwechseln, wo durch lange, feste Gewohnheit die grande politique das ausschließliche Eigenthum einer Opmatie ist, welche alle großen Talente in sich vereinigt.

Weil Oestreich seinen Völkern das volle Maß der höchsten Freiheit noch nicht gewähren kann, wird sein Einfluß für Deutschland reactionär sein, wenn er in die innern Angelegenheiten hineingezogen wird. Das ist ein neues Unglück für beide Theile. Denn um diesen Einfluß zu paralyßiren, muß sich der deutsche Liberalismus Verbündete in Oestreich suchen. So wird die Kraft Oestreichs durch ein solches Verhältniß, wie es kurzfristige Politiker einfädeln möchten, überall gehemmt und erschüttert. Das Gesamtinteresse des mitteleuropäischen Staatenbundes aber leidet, weil die Pole seiner Kraft durch eine ungeschickte Verwicklung sich entgegenwirken, anstatt nach außen zur Abwehr, wie zur Ausbreitung.

Wer etwa den Verdacht hegt, nur der Eifer für die preußische Hegemonie lasse den Austritt Oestreichs wünschen, der bedenke, daß auch unter einer parlamentarischen Regierung Deutschland sich nicht concentriren kann, wenn Oestreich theilhaftig bleibt; also ein Staat, dessen Hauptkraft von dem parlamentarischen Einfluß Deutschlands unabhängig ist. Sollen wir auch für diese Voraussetzung alle Unmöglichkeiten noch einmal aufzählen? Also wenn Oestreich der parlamentarischen Regierung Deutschlands, einen ihm fremden Einfluß folgen soll, muß Oestreich getheilt werden, die alten Auflösungs-Intriguen dauern fort und die Gegenwirkung sind reactionäre Intriguen in Deutschland u. s. w. u. s. w. Dieser gegenseitige Einfluß ist wie ein Splitter, den beide Organismen auszustossen so lange unermüdet arbeiten werden, als noch ein Funke gesunder Lebenskraft in ihnen ist. Nichts würde dadurch genährt, als der auf die Desorganisation spekulirende Radikalismus.

Die Entscheidung der wichtigen Frage wird in diesen Tagen gefällt werden.

Wir wollen wünschen, daß die Männer in Frankfurt den Kopf erleuchtet und das Herz auf dem rechten Fleck haben.

Wenn sie richtig ausgefallen, bleibt noch die Frage nach der Constituirung Deutschlands. Einen Grund für die preussische Hegemonie führten wir an, sie wird den innern Abschluß Deutschlands am sichersten befestigen, während jede losere Form die Einmischung herbeilockt. Indesß kann es sein, daß, wenn einmal das Parlament einen entscheidenden Ausspruch gethan, die richtige Erkenntniß dieses Verhältnisses so eindringen wird, daß jede fernere Verrückung desselben unterbleibt. Wir dürfen also von diesem Grunde absehen und die Frage nach der Reichsgewalt bloß in Berücksichtigung der andern Verhältnisse Deutschlands prüfen.

Wir haben bereits die Alternative aufgezeigt. Entweder eine Centralgewalt mit so umfassenden Befugnissen, daß eine durchgreifende Staatseinheit hergestellt wird, der Selbstverwaltung der einzelnen Landschaften unbeschadet — diese kann sich jetzt nur halten, wenn die ganze Kraft des preussischen Staats und Volks unmittelbar in das Reichsinteresse gezogen wird — oder eine Bundesgewalt mit der beschränkten Kompetenz, welche der losen Einheit eines Föderativstaates genügt. Um diese Einheit zu verwirklichen genügt eine parlamentarische Behörde allein. Machen wir uns die Consequenzen dieses Verhältnisses klar.

Das Kapital von der Reichsgewalt wäre dann überall im Sinne des Minderheitsgutachtens von Lassaulx, Nothenhan, Scheller abzuändern. Es würde eine gewisse Gleichmäßigkeit des Bundesheeres von Reichswegen angeordnet. Das Bundesheer bildete die vom Reich festgestellten Contingente. Außerdem bliebe es den Bundesstaaten unbenommen, eine Kriegsmacht lediglich zur eignen Disposition zu halten. Die Ernennung der Generale von Reichswegen wäre auf das Oberkommando der Kriegstheater und die Leitung vereinigter Contingente kleiner Staaten zu beschränken. Die völkerrechtliche Vertretung und die Entscheidung über Krieg und Frieden bliebe der Reichsgewalt. Die Gesetzgebung sowohl zur Begründung der Rechtseinheit in Deutschland als zur Gleichmäßigkeit materieller Einrichtungen müßte aber die Reichsgewalt mit den Einzelstaaten theilen, theils so, daß den Letztern ein Veto zustände, theils so, daß der Reichsgewalt eine ausschließliche Kompetenz in einzelnen Fällen besonders übertragen würde, z. B. zur Erlassung einer allgemeinen Criminalordnung, Heimathgesetzgebung u. s. w. Die Reichsgewalt hätte dann in der allgemeinen Gesetzgebung nur die Initiative ausschließlich. Der eigentliche Heerd des politischen Lebens der Nation würden die Regierungen und Parlamente der Einzelstaaten bleiben, es wäre daher am zweckmäßigsten, das Reichsparlament durch einen Ausschuß der Einzelkammern zu bilden und es genügte eine Kammer. An der Executive stände am angemessensten ein von den Regierungen delegirter Reichsverweser mit seinen Ministern. Da alle gemeinsame Thätigkeit nur durch Uebereinstimmung der Bundesgewalt mit den Einzelstaaten zu Stande käme, so wäre die Hauptaufgabe der Minister, zwischen

beiden Gewalten zu vermitteln und vorbereitend anzuknüpfen. Ein weiteres aber untergeordnetes Organ für diesen Zweck wären die Regierungsbevollmächtigten.

Wir können die Ansichten und Befürchtungen Derer nicht theilen, welche in einem solchen Ausgang des deutschen Verfassungswerkes nur das fait accompli einer gescheiterten, oder, wie man sich ausgedrückt hat, abortirten Revolution sehen. Es ist verdienstermaßen selten, daß ein großes Resultat durch einen stürmischen, unklaren Anlauf erreicht oder vielmehr anticipirt wird; denn wirklich erreichen lassen sich politische Gestaltungen für alle Ewigkeit nur durch geduldige Arbeit und Ausdauer. Wenn wirklich eine allgemeine Blasirtheit die Folge davon sein sollte, daß das große Ziel der deutschen Einheit nicht in dem gewaltigen Anlauf dieses Jahres mit einem Male erkämpft worden, so gestehen wir nur, daß die deutsche Zukunft hoffnungslos ist. Aber wer berechtigt uns zu dieser Befürchtung? Unsere Pflicht ist, unermülich die Keime der Einheit zu pflegen und die öffentliche Meinung über das, was unmittelbar dringlich und möglich ist, aufzuklären. Von dem Siege jenes Enthusiasmus, der alle ungeebneten Verhältnisse mit einem Male überströmen möchte, ist gar nicht die Rede. Die Einheit muß mit diesen Verhältnissen kämpfen, so wie so. Es fragt sich nur, welche Basis günstiger ist, ob die der formell schon begründeten, strengeren Einheit mit dem Nachdruck Preußens, oder die leichtere Föderativform. Im letzteren Falle würde das Werk der Einheit mit langsamen, aber unaufhaltbaren Gange fortschreiten und jeder weitere Schritt würde auf einem einzelnen klar erkannten, unabweisbaren Bedürfniß berufen. Der Inhalt der Einheit würde Stück für Stück erobert, während der jetzige Einheitsdrang auf der unbestimmten Vorstellung unserer allgemeinen Aufgabe beruht.

Deutschland würde so nach und nach doch zu einer parlamentarischen Regierung gelangen, wenn man will, vielleicht zu einer republikanischen Form. Nur darf man republikanisch in diesem Sinn nicht verwechseln mit der augenblicklich gerechtfertigten Bedeutung dieses Wortes, wo Republikaner nichts bedeutet als Induktiritter und Unmündige, die von jenen am Narrenseil gezogen werden.

Die deutsche Einheit wäre dann nur noch eine Aufgabe der innern Entwicklung, denn nach Außen läßt sich schon bei der leichteren Form der Einheit eine gemeinsame Vertretung und eine Kriegsverfassung denken, welche Deutschland vor Eroberung sicher stellt. Das Letztere ist die Aussage einer so gewichtigen Autorität, wie Radowiz.

Hinderlicher ist die mangelnde volle Einheit, wenn Deutschland in der äußern Politik eine aktive Rolle spielen soll. Allein die Hauptaufgabe einer activen deutschen Politik, die Ausbreitung der deutschen Macht nach Osten fällt Oestreich zu und für andere Fälle wird das parlamentarische Leben Staatsmänner hervorbringen, die im rechten Moment die Nation auch ohne die Handhabe einer einfachen Form fortzureißen verstehen.

Denken wir uns dagegen die deutsche Einheit durch die preussische Hegemonie vermittelt und die Reichsgewalt sogleich mit größeren Befugnissen ausgestattet, so kann dieser Weg allerdings die Einheit im Innern schneller herbeiführen, so wie er sie nach Außen sogleich klar hinstellt. Aber wir dürfen uns auch die Gefahren nicht verbergen. Der partikularistische Widerstand der Sonderinteressen, Dynastien und Winkelradikalen wird viel heftiger entbrennen. Das ist darum gefährlich, weil Preußen im eignen Innern gar sehr noch der Kräftigung und Heilung bedarf. Bleibt Preußen jetzt noch sich selbst überlassen, so wird es in einigen Jahren fester und mächtiger als je dastehen. Und hat es nicht viel für sich, den Winkelradicalismus sich die Hörner allein abstoßen zu lassen? Sachsen z. B. scheint jetzt eine Kammer zu bekommen, die sich zu der auseinander gejagten preussischen Constituante ungefähr verhält, wie Sachsen zu Preußen. Sie wird natürlich ein Oppositionsheerd gegen Preußen und leicht möglich, daß das ganze Land so verblendet ist, sich in diese wohlfeile Opposition hineinziehen zu lassen. Diese Erscheinung wird sich mehr oder minder in allen kleinen Staaten wiederholen, und so muß Preußen vielleicht seine edelsten Kräfte in einem nutzlosen Kampfe verschwenden, der zugleich die verpesteten Elemente in seinem eignen Innern aufwühlt. Läßt man diesen Radicalismus frei gewähren, so muß er sich auf die innern Zustände zu Hause werfen und da wird er sich bald zu Grunde richten. Wenn dann in einigen Jahren der demokratische Gehalt unsrer jetzigen Bewegung von allen unreinen Beimischungen geläutert und durch die Erfahrung praktisch bestimmt ist, dann wird das Werk der deutschen Einigung, wenn wir es jetzt auch vorsichtig aufnehmen, mit schnellem Schritt seiner Vollendung zugeführt werden können. Ob dann von einer preussischen Hegemonie noch die Rede ist, wird davon abhängen, welche Tüchtigkeit die nichtpreussischen Bundesstaaten in ihrem politischen Leben zu entwickeln vermögen.

C. Höpfer.

## Der Prager Student im Jahre 1848.

Mit einer Einleitung.

Die Bedeutung, welche das Studententhum für den im Oktober abgeschlossenen Cyclus der Wiener Revolutionen hat, liegt klar am Tage, und ist oft genug besprochen worden. Es ist auch nicht schwer, die psychologische Erklärung dieser weltgeschichtlichen Studentenschaft zu geben, und den Nachweis zu liefern, daß die österreichische Revolution, welche an Naivetät einer jeden andern den Rang ablöst, nothwendig von der Universität aus beginnen mußte. —

Das Volk von Paris ging mit der ganzen Wucht jenes Selbstgefühls, welches durch die revolutionäre Praxis eines halben Jahrhunderts erworben wird,